

Beschlussvorlage		Vorlage-Nr: 2025/MC/072
Federführend: Amt für Zentrale Dienste und Finanzen		Status: öffentlich
		Datum: 18.06.2025
		Verfasser: BSW/Die Linke-Fraktion
		FBL: BSW/Die Linke-Fraktion
Antrag der BSW/Die Linke-Fraktion: Keine Werbung der Bundeswehr an Schulen in Malchin		
Behandlung	Termin	Beratungsfolge
Öffentlich	24.06.2025	Schul- und Sozialausschuss der Stadt Malchin
Nichtöffentlich	08.07.2025	Hauptausschuss der Stadt Malchin
Öffentlich	23.07.2025	Stadtvertretung der Stadt Malchin
Öffentlich	15.10.2025	Stadtvertretung der Stadt Malchin

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Malchin spricht sich gegen Werbung und Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an allgemeinbildenden Schulen im Stadtgebiet aus.
2. Die Stadtverwaltung wird gebeten, über die zuständigen Gremien auf Landesebene darauf hinzuwirken, dass schulische Bildung und Berufsorientierung an unseren Schulen frei von militärischer Einflussnahme bleiben.

Begründung:

Die Bundeswehr ist ein verfassungsmäßiger Bestandteil unseres demokratischen Staates und erfüllt einen Auftrag zur äußeren Sicherheit. Gleichzeitig sind Schulen ein besonderer Schutzraum für junge Menschen, in dem demokratische Werte, zivile Konfliktlösung und kritisches Denken gefördert werden sollen.

Die Werbung für den Soldatenberuf an Schulen, stellt aus unserer Sicht eine problematische Vermischung von Berufsorientierung und sicherheitspolitischer Einflussnahme dar. Jugendliche in der Berufsfindungsphase sind besonders beeinflussbar. Schulen sollten deshalb kein Ort sein, an dem militärische Werbung stattfindet.

Unser Anliegen richtet sich nicht gegen die Bundeswehr als Institution, sondern für eine klare Trennung von militärischen Interessen und dem Bildungsauftrag in einer offenen, demokratischen Gesellschaft. Wir stehen für eine Schule, die junge Menschen zur aktiven Teilhabe an einer friedlichen, demokratischen und pluralen Gesellschaft befähigt.

Mit diesem Beschluss möchten wir als Stadt ein deutliches Zeichen für eine demokratische und friedensorientierte Bildung setzen.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

Antrag der BSW/Die Linke-Fraktion